

CSU-Fraktion im Bezirksausschuss 22		SPD-Fraktion im Bezirksausschuss 22
FDP im Bezirksausschuss 22		GRÜNE-Fraktion im Bezirksausschuss 22

**Interfraktioneller Antrag
der Fraktionen im Bezirksausschuss 22**

zur Sitzung am 22.01.2020

Schutz des Stadtklimas

Die LHM wird aufgefordert, für die Bebauung Freiham, insbesondere für den 2. Realisierungsabschnitt, ein Gutachten zu erstellen, in dem die Auswirkungen auf das Stadtklima mit ihren Kaltluftleitbahnen aus dem Westen in die Innenstadt untersucht werden. In dem Gutachten sind Maßnahmen aufzulisten, die sicherstellen, dass auch nach dem Ausbau der A 99 und der Fertigstellung des 2. Realisierungsabschnitts in Freiham diese Kaltluftleitbahnen der Stadt erhalten bleiben.

Wie ist die Kühlungsfunktion gewährleistet, wenn der Kaltluftstrom aus Südwest kommt, die Grünfinger aber in Westrichtung ausgerichtet sind?

Dies ist mit Hilfe von Gutachten zu untermauern und die Auswirkungen auf den 22. Stadtbezirk und den Münchner Westen darzustellen.

Wie erfolgt die Belüftung und Kühlung der großen Innenhöfe in Freiham auf Grund der Blockrandbebauung inklusive Tiefgaragenunterbauungen?

Welche Maßnahmen der Klimaregulation durch Begrünung sind in Freiham vorgesehen (Dach, Fassaden, Wege)?

Durch den möglichen Ausbau der A99 erfolgen Einschränkungen beim Landschaftspark. Welche Auswirkungen hat dies auf den Kaltluftvolumenstrom?

Auf Grund der Wichtigkeit des Themas Klima fordern wir die Etablierung eines Klimabeauftragten in den BA's der LHSt München.

Im Windmodell soll die Auswirkungen der Bebauung von Freiham empirisch untersucht werden.

Begründung:

2014 hat die LHM eine Stadtklimaanalyse für das gesamte Stadtgebiet erstellen lassen. Dabei ist eines der wichtigsten und größten Kaltluftentstehungsgebiete für die Stadt München der Bereich im Münchner Westen (Abb.5.6. S.36); in diesem soll der 2. Realisierungsabschnitt für Freiham gebaut werden. Nach den Aussagen der LHM-PLR vom 20.12.2019 „Klimaschutz vor Ort“ ist die Erhaltung der Kaltluftleitbahnen auch Ziel des Referats. Zunächst ist es nur eine Absichtserklärung. Fakten sind notwendig und auch vom Gesetzgeber gefordert. Deshalb ist schnellstmöglich und vor dem nächsten Planungsschritt ein Gutachten in Auftrag zu geben.

Jürgen Schrader
CSU-Fraktion

Tanja Huber
FDP

Johann Sauerer
parteilos

Reinhard Bernsdorf
SPD-Fraktion

Karin Binstener
GRÜNE-Fraktion